II-12277 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DVR: 0000060

WIEN,

Zl.355.03/25-III.3/90

Anfrage der Abg. Dr. Müller, Weinberger, Strobl, Guggenberger und Genossen betr. die Zuziehung eines Vertreters der "Transitbürgerinitiativen" zu den Verhandlungen um den Transitvertrag mit den Europäischen Gemeinschaften

5748/AB
1990 -08- 23
zu 5817/J

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten Dr. Müller, Weinberger, Strobl, Guggenberger und Genossen haben am 28. Juni 1990 unter der Zl.5817/J-NR/1990 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend die Zuziehung eines Vertreters der "Transitbürgerinitiativen" zu den Verhandlungen um den Transitvertrag mit den Europäischen Gemeinschaften gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

1) Entspricht es der Praxis Österreichs, bei internationalen Verhandlungen punktuell Interessensvertreter beizuziehen?

2) Sind Sie bereit, in die österreichische Verhandlungsdelegation einen Vertreter des Dachverbandes der Transitbürgerinitiativen als Experten beizuziehen?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1):

Es entspricht der Praxis Österreichs, bei internationalen Verhandlungen Vertreter von öffentlich-rechtlichen Körperschaften - z.B. Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und Österreichischer Arbeiterkammertag - beizuziehen.

./2

Zu Frage 2):

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hat in den Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften über den alpenquerenden Transitverkehr stets größten Wert darauf gelegt, die Interessen der betroffenen Bevölkerung zu vertreten. Ziel meines Ressorts ist es, unabhängig von der Frage eines österreichischen EG-Beitritts oder einer österreichischen Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum eine Lösung für das Transitproblem zu finden, die es ermöglicht, den alpenquerenden Güterverkehr in einer für Menschen und Umwelt schonenden Weise abzuwickeln.

Bereits in der Vergangenheit haben die für die Transitverhandlungen zuständigen Beamten Vertreter der Bürgerinitiativen informiert; zuletzt hat nach der Plenarrunde vom 8. Juni 1990 ein ausführliches Gespräch stattgefunden.

Ich begrüße diese Kontakte und werde veranlassen, daß sie fortgeführt werden. Den Vertretern der Bürgerinitiativen wurde im übrigen bereits angeboten, regelmäßig nach Verhandlungsrunden mit den Europäischen Gemeinschaften derartige Informationsgespräche zu führen.

Darüberhinaus bin ich gerne bereit, die Möglichkeiten zur Stellungnahme auszuweiten und dafür Sorge zu tragen, daß an das für die Formulierung der österreichischen Verkehrspolitik verantwortliche Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr herangetreten wird, um den Dachverband auch bei der Vorbereitung der Gespräche mit der Europäischen Gemeinschaft einzubeziehen.

Meines Erachtens kann mit einer derartigen Vorgangsweise den berechtigten Interessen der "Transitbürgerinitiativen" inhaltlich Rechnung getragen werden.

Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten: